

Entwurf zum Vortrag: Wandel und Zukunftsperspektiven der Sozialen Marktwirtschaft

Karl Georg Zinn

Sehr verehrte Damen und Herren!

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung ist inzwischen weit über eine halbes Jahrhundert alt. Es liegt daher die Frage nahe, ob die inzwischen verlaufenen realgeschichtlichen Veränderungen der Wirtschaftsordnung überhaupt noch der Idee einer Sozialen Marktwirtschaft genügen. Deshalb möchte ich die folgenden Überlegungen zum Thema mit einigen Vorbemerkungen zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft beginnen.

Im Nachkriegseuropa entwickelten sich in den meisten mittel- und nordeuropäischen Ländern wohlfahrtsstaatliche Wirtschaftsordnungen. Die Sozialpolitik gewann weitaus stärkeres Gewicht als in den vorhergehenden Jahrzehnten. Insofern stellte die in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 an entstandene Soziale Marktwirtschaft den landesspezifischen Fall einer gleichgerichteten internationalen Neuorientierung der Ordnungspolitik dar. Die sozialstaatliche Komponente, die im bundesdeutschen Grundgesetz verankert wurde (Art. 20, I: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“; Art. 28, I: Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinn dieses Grundgesetzes entsprechen.“), spiegelt das Bekenntnis des Verfassungsgebers zu einer engen gesellschaftlichen Kohäsion und zum solidarischen Miteinander wider. Hierbei bildeten die Erfahrungen aus den drei Katastrophenjahrzehnten von 1914 bis 1945 nicht nur den historischen, sondern auch den lebensgeschichtlichen Hintergrund des Bemühens um einen tiefgehenden politischen und sozialökonomischen Reformprozess. Wie erwähnt, handelte es sich um kein deutsches Spezifikum, sondern die Erschütterungen durch Weltkriege und Große Depression betrafen ganz Europa und zeitigten auch mentale Einstellungsänderungen der europäischen Gesellschaften. Besonders deutlich wurde dies an der innereuropäischen Versöhnung und der Politik der europäischen Einigung.

Die Bezeichnung Soziale Marktwirtschaft wird zwar auch noch gegenwärtig auf die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung angewendet. Jedoch vollzog sich zumindest seit Beginn der 1980er Jahre eine schleichende Veränderung, und hierbei wurde die Sozialstaatskepsis des angelsächsischen Neoliberalismus leitend. Deshalb bedarf es der Klarstellung, dass die originäre Soziale Marktwirtschaft von einer anderen

ordnungspolitischen Konzeption überlagert und in wesentlichen Komponenten ausgehöhlt wurde.

Es erscheint sinnvoll, mindestens drei Verwendungsweisen des Ausdrucks „Soziale Marktwirtschaft“ zu unterscheiden:

1. Der **ordnungstheoretische Entwurf**, der primär auf Alfred Müller-Armack (1946) zurückgeht. Müller-Armack prägte den Begriff Soziale Marktwirtschaft und charakterisierte die soziale Marktwirtschaft aus seiner Sicht als einen „Halbautomaten“. Damit drückte er aus, dass die Kombination aus Marktwirtschaft und Sozialstaatlichkeit u. U. sehr weitreichende staatliche Interventionen – Konjunkturpolitik, Strukturpolitik, gegebenenfalls auch ordnungspolitische Reformen – erfordert. – Als zweiter Ordnungstheoretiker ist Walter Eucken zu nennen, der als Oberhaupt des so genannten Ordoliberalismus gilt (damals auch: Neoliberalismus, was jedoch heute eine deutlich verschiedene Bedeutung hat). Eucken neigte eher dazu, die Marktwirtschaft als eine Art Vollautomaten zu interpretieren. Allerdings funktioniere sie nur dann in diesem Sinn, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen (KONSTITUIERENDE PRINZIPIEN) strikt und vollständig eingehalten werden. Gegebenenfalls sind dann noch staatliche Eingriffe erforderlich, die jedoch auf die VIER REGULIERENDEN PRINZIPIEN begrenzt sein müssten (Monopolaufsicht; Einkommenspolitik zwecks sozialer Mindesteinkommen; richtige Wirtschaftsrechnung durch Internalisierung von externen Effekten; Preiseingriffe bei anomalen Angebotsreaktionen insbesondere auf den Arbeitsmärkten).
2. Soziale Marktwirtschaft als die **konkrete, historische Wirtschaftsordnung**, wie sie seit 1950 realisiert wurde. Wesentliche Merkmale sind die hohen Wachstumsraten, das seit Ende der 50er Jahre erreichte Vollbeschäftigungsniveau, der Ausbau sozialstaatlicher Regelungen (insbesondere ist die Rentenreform von 1957 hervorzuheben). Diese originäre, ursprünglich realisierte soziale Marktwirtschaft geriet im Zuge der weltwirtschaftlichen Krise der 1970er Jahre in Schwierigkeiten, und es begann ein „Umbau“, der sich mehr und mehr als Abbau sozialstaatlicher Vorsorge erwies.
3. Damit ergab sich materiell eine deutlich **veränderte Wirtschaftsordnung**, nämlich der unter dem Einfluss des Neoliberalismus praktizierte MARKTRADIKALISMUS. Stichworte hierzu sind: Entstaatlichung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung, Eigenvorsorge usw. Der gute Klang des Ausdrucks „Soziale Marktwirtschaft“ und die von der Bevölkerungsmehrheit nach wie vor gewünschte Sozialstaatlichkeit begründen jedoch die Beibehaltung der Bezeichnung soziale Marktwirtschaft trotz weitreichenden ordnungspolitischen Wandels. Bekanntlich wird von interessierter Seite seit längerem das Etikett „NEUE SOZIALE

MARKTWIRTSCHAFT“ benutzt, um sozusagen den neuen Wein im alten Schlauch zu vermarkten.

Soviel als Vorbemerkung zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Die weiteren Ausführungen befassen sich mit folgenden drei Aspekten:

- I. Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte bis zur großen Finanzkrise der Gegenwart. Es geht also um die DIAGNOSE als Grundlage für einen Blick auf die Zukunft
- II. Die Einschätzung der künftigen Entwicklung, also eine Art PROGNOSE, und zwar geht es vorerst um eine Status-quo-Prognose, d. h. mögliche wirtschaftspolitische Veränderungen ordnungs- und/oder prozesspolitischer Natur, bleiben noch unberücksichtigt. Jedoch werden die neuen Probleme einzubeziehen sein, die in der Vergangenheit noch gar nicht erkannt worden waren, zumindest aber noch keinen wesentlich Einfluss auf die bisherige Wirtschaftsentwicklung hatten
- III. Schließlich sind notwendige und mögliche Reformen zu beleuchten, um die aufgewiesenen Probleme zu mildern, wenn nicht zu beheben. Es geht also um die THERAPIE. Es sei an dieser Stelle bereits hervorgehoben, dass das zentrale Problem sowohl der Vergangenheit als auch in der Zukunft von der Beschäftigungsfrage aufgeworfen wurde bzw. wird, d. h. die zentrale Frage lautet: Wie gelingt die Rückkehr zu Vollbeschäftigung.

I. Diagnose

Der erneute wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg verdankte sich den besonderen Ausgangsbedingungen, die sowohl durch die Erfordernisse des Wiederaufbaus gegeben waren als auch durch die aus dem Ost-West-Konflikt resultierende Bereitschaft der USA, die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland durch Wirtschaftshilfe zu festigen. Die industrielle Struktur Westdeutschlands war weit weniger durch Kriegseinwirkung zerstört worden als die Infrastruktur und der städtische Wohnraum. Die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung wurde durch neue Zukunftszuversicht und die sich relativ bald einstellenden wirtschaftlichen Erfolge stimuliert. Zudem bedeutete auch eine nur bescheidene Einkommenserhöhung angesichts des sehr niedrigen Ausgangsniveaus nach Kriegsende eine erhebliche, zum Einkommen überproportionale Steigerung subjektiven Wohlstandsempfindens. Damit erklärt sich wohl auch die hohe Popularität des Propagandaausdrucks vom deutschen „Wirtschaftswunder“. Als ein fundamentaler Indikator für den Zukunftsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre lässt sich die demografische Entwicklung hervorheben. In jenen beiden Jahrzehnten stieg die Fertilität an, und bis Mitte der 1960er Jahre überstieg sie das zur einfachen Reproduktion der Bevölkerung erforderliche Niveau von 2.1 Kindern pro Frau. Die demografische Entwicklung änderte sich danach grundlegend, und heute weist

Deutschland im internationalen Vergleich eine der niedrigsten Fertilitäten auf. Darauf wird noch genauer einzugehen sein.

In der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit dürfte der augenfälligste Unterschied zwischen den ersten Nachkriegsjahrzehnten und der Zeit nach 1980 in den Wachstumsraten der Wirtschaft und der damit verbundenen Beschäftigungsentwicklung liegen. Die Nachkriegsjahrzehnte brachten, wie gesagt, hohe Wachstumsraten und die rasche Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Seit den 1980er Jahren kam es hingegen im langfristigen Trend zu relativ niedrigem Wachstum und steigender Arbeitslosigkeit. Seit Beginn der amtlichen Arbeitslosenstatistik seit Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland keine zu den vergangenen drei Jahrzehnten vergleichbar *lange* Phase solch hoher Massenarbeitslosigkeit – ein Faktum, das kaum als solches wahrgenommen wird. Der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit während der vergangenen Jahrzehnte zog dann ein ganzes Bündel von Folgeproblemen nach sich, nämlich

Schwächung der Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten und sukzessive Verschlechterung ihrer Einkommenslage.¹ Es gelang immer weniger, die Masseneinkommen am Produktivitätswachstum zu beteiligen. Unter anderem ist diese als Umverteilung von unten nach oben bezeichnete Entwicklung am Absinken der (bereinigten) Lohnquote ablesbar. Die Entwicklung der BRUTTOLOHNQUOTE seit der Neuvereinigung Deutschlands zeigt einen klaren Abwärtstrend; die Verteilungsdiskrepanz zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen wird meist verkürzt als ein Problem der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen, aber die makroökonomischen Folgen der Verteilungsdivergenz sind eher noch gravierender – Nachfrageschwäche infolge unzureichender Massenkaufkraft und Wohlstandsminderung durch Ungleichheit.² Die krassen Verteilungsdivergenzen belasten gerade auch den Mittelstand, wie u. a. jüngere Untersuchungen des DIW ausweisen.³

In dem zwanzigjährigen Zeitraum 1991-2010 nahm das Arbeitsvolumen aller Beschäftigten um 3.8 %, das der abhängig Beschäftigten um 6.9 % ab. Die offizielle Arbeitslosenquote ist hingegen mäßiger gestiegen – von 7.3 auf 8.6 %. Abgesehen von beschönigenden Änderungen in der Arbeitslosenstatistik erklärt sich die Diskrepanz zwischen starkem Beschäftigungsrückgang (Arbeitsvolumen) und nur unterproportionalem Anstieg der Arbeitslosenquote durch die extreme Zunahme der Teilzeitarbeit, also faktisch einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

Die Teilzeitquote betrug 1991 15.7 % und stieg bis 2004, also vor Beginn des ersten Aufschwungs im neuen Jahrhundert (2005-2007) auf 31.6 %, was faktisch eine Verdoppelung in 14 Jahren bedeutet. In den Krisenjahren nach 2008 stieg die

¹ Hierzu ausführlich Karl Georg Zinn, *Wie Reichtum Armut schafft*, 4. A., Köln 2006.

² Vgl. hierzu die Studie der angelsächsischen Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson/Kate Pickett: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin 2009.

³ Jan Goebel/Martin Gornig/Hartmut Häußermann: *Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert*, in: DIW Wochenbericht, Jg. 77, Nr. 24/2010, 16. Juni 2010, S. 2-9.

Teilzeitquote weiter an. Es handelt sich um einen längerfristigen Trend, was auch vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, konstatiert wird.

Tabelle 1: Bruttolohnquote, Arbeitsvolumen, Arbeitslosenquote Deutschlands

Jahr	Bruttolohn= quote (%)	Arbeitsvolumen		
		in Mrd. Stunden p. a. Gesamt abhängig Beschäftigte		Arbeitslosenquote
1991	71.0	59.7	51.9	7.3
1995	71.4	57.6	49.3	10.4
2000	72.2	57.6	48.8	10.7
2005	66.7	55.6	46.6	13.0
2006	64.6	55.8	46.8	12.0
2007	64.3	56.7	47.7	10.1
2008	65.8	57.4	48.4	8.7
2009	68.4	55.9	46.9	9.1
2010	66.3	57.4	48.3	8.6

Quellen: Memorandum 2011. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos, Köln 2011, Tabellenanhang A1, A4, A9;

Der Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen verdankte sich auch die erfreuliche Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse 2009. Statt Massenentlassungen vorzunehmen, wurden Arbeitsplätze erhalten durch

Zunahme der Teilzeitarbeit (zu 43 %)

Kurzarbeit (32 %), wofür der Staat etwa € 5 Mrd. Subventionen zahlte

Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten (36 %)

Die Summe ergibt zwar 111 %, aber das liegt an einer statistischen Komponente, nämlich dem teilweise auf 2008 vorgezogenen Jahresurlaub von 2009, was dann den statistischen Beschäftigungsrückgang in 2009 höher ausfallen ließ.

Arbeitslosigkeit hat sich als einer der größten Vernichter von Lebensqualität erwiesen, wie u. a. durch die jüngere „ökonomische Glücksforschung“ belegt wurde.⁴ Somatische und psychische Krankheiten betreffen nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch die unter Stress und Entlassungsangst leidenden Beschäftigten. Dauerarbeitslosigkeit zieht Entqualifizierung und Demoralisierung nach sich. Die menschlichen und ökonomischen Kosten der Arbeitslosigkeit sind also erheblich.

Arbeitslosigkeit erhöht einerseits die Transferzahlungen und bedeutet andererseits, dass mögliche Wertschöpfung (Wachstum) unterbleibt und damit auch das Steueraufkommen und die Sozialabgaben entsprechend geringer ausfallen. Dies

⁴ Vgl. Bruno S. Frey/Claudia Frey-Marti, (Hrsg.): Glück: Die Sicht der Ökonomie, Zürich-Chur 2010.

führt wiederum zu den bekannten Finanzierungsproblemen der öffentlichen und Sozialhaushalte. Steigende Staatsverschuldung und Abbau von öffentlichen und Sozialleistungen sind die Folge. Der *jährliche Verlust an Wertschöpfung*, der der Arbeitslosigkeit entspricht, beläuft sich – je nach Berechnungsparameter – zwischen 150 bis über 200 Mrd. €!

Die Tatsache der Massenarbeitslosigkeit wird von niemandem beschönigt. Doch bei den Erklärungen werden häufig schiefe und falsche Argumente vorgetragen. Zu den beliebten Erklärungsversuchen gehören der Hinweis auf den Rationalisierungsprozess, der Arbeitsplätze vernichte, und die Behauptung, es gebe eben immer mehr Unqualifizierte einerseits und weniger Arbeitsplätze für einfache Arbeiten andererseits. Das Rationalisierungsargument ist eindeutig falsch. Denn in den Jahrzehnten der Vollbeschäftigung lag auch das Produktivitätswachstum, also das Rationalisierungsniveau, weit höher als in der jüngeren Vergangenheit. Zudem besteht eine positive Korrelation zwischen Wachstum und Produktivität (Verdoornsches Gesetz). Je höher das Wachstum, desto stärker steigt auch die Produktivität. Der zweite Erklärungsversuch der Arbeitslosigkeit, dass es immer weniger einfache Arbeitsplätze gebe, enthält zwar einen richtigen Kern, kann aber ebenfalls das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nicht erklären. Denn von Arbeitslosigkeit sind auch Qualifizierte, selbst Akademiker betroffen. Zudem resultieren Qualifikationsmängel auch aus den ausbildungspolitischen Versäumnissen der Vergangenheit, und sie korrespondieren mit der lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Wenn ein ausbildender Betrieb ohnehin mangels Nachfrage für seine Leistungen keine Neueinstellungen vornimmt, wird auch die Ausbildungsbereitschaft abnehmen, weil eine Weiterbeschäftigung der „Azubis“ nach Abschluss der Lehre ohnehin nicht zu erwarten ist. Unter Vollbeschäftigungsbedingungen sähe das ganz anders aus, und die Betriebe würden sich weit stärker um Neu- und Nachqualifizierung bemühen, wie dies in großem Umfang in den früheren Jahrzehnten der Fall war und momentan aufgrund befürchteten Fachkräftemangels wieder verstärkt zu geschehen scheint.

Wie erklärt sich die relative **Wachstumsschwäche nach 1980** und die damit einhergehende Zunahme der Arbeitslosigkeit?

Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahrzehnte stellte, wie schon bemerkt, eine Ausnahme dar. Sie wurde durch den Nachholbedarf von Investoren und Konsumenten, durch den Wiederaufbau, durch die zivile Nutzung verfügbarer Technologien und die allmähliche Rückkehr zur internationalen Arbeitsteilung bedingt. Insofern könnten die deutlich reduzierten Wachstumsraten der jüngsten drei Jahrzehnte als Normalisierung charakterisiert werden. Jedoch ging mit dieser Normalisierung auch die Entwertung der alten Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ einher. Statt diese grundsätzlich veränderte Situation wirtschaftspolitisch aufzufangen, nämlich eine Neuorientierung im Sinn „Vollbeschäftigung auch bei dauerhaft niedrigem Wachstum“ einzuleiten, kam es zu der bekannten

neoliberalistischen Wende. Erhofft und versprochen wurde die Rückkehr zum Vollbeschäftigungswachstum mittels der sogenannten „Befreiung der Marktkräfte“. Dies stellte sich als Illusion heraus.

Die Investitionstätigkeit verlagerte sich mehr und mehr von der Sachkapitalbildung auf finanzkapitalistische Spekulation – nicht nur erleichtert, sondern gefördert durch die Deregulierungspolitik (Aufhebung von Kapitalmarktkontrollen, laschere Bankenaufsicht bei der Kreditvergabe, Fehleinschätzungen der Zentralbanken bezüglich der Bildung von Vermögensblasen). Die Geld- bzw. Kreditschöpfung der privaten Banken expandierte.⁵ Die steigende internationale Liquidität ermöglichte eine bisher unbekannte Vermögensinflation (asset inflation). Besonders deutlich wurde dies an den Immobilienbooms verschiedener Länder (u. a. USA, Spanien, Irland). Er brachte zwar *zeitweilig* reales Wachstum (wie jede Fehlinvestition), aber es handelte sich sozusagen um Pseudoproduktion bzw. Überproduktion, d. h. die Projekte erwiesen sich als unrentabel, somit als nicht nachhaltig. Kurz gesagt, die Verschiebung von der kapitalistischen *Wertschöpfung* zur finanzkapitalistischen *Umverteilung* von Werten, ja zur *Wertplünderung* veränderte die Wirtschaftsweise in einem Maße, das sich auch moralisch geltend machte – Protz statt Gediegenheit, überwertiger Narzissmus statt gelassenes Selbstbewusstsein, mehr scheinen als sein, überwertiger Individualismus zulasten solidarischen Gemeinsinn stellen Merkmale der moralischen Deformation der vergangenen Jahrzehnte dar. Bemerkenswert ist auch die Zunahme von Korruption in Wirtschaft und Politik sowie der gegenüber der Zeit von 1950 bis Anfang der 1980er Jahre extrem gewachsene Einfluss der Wirtschaftslobby auf die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung. Die jüngste Geschichte der bundesdeutschen Atompolitik – vor Fukushima - liefert nur ein besonders augenfälliges Beispiel für die Willfährigkeit von Regierungen gegenüber den Interessen von Großunternehmen.

Die Wachstumsabschwächung, die in den 1970er Jahren sichtbar wurde, kam damals für die Mehrzahl der Ökonomen und Wirtschaftspolitiker zwar überraschend, aber die Überraschung war nur der unzureichenden Kenntnis bzw. der Verdrängung der längst vorliegenden Langfristanalysen zum unvermeidlichen Wachstumsrückgang hoch entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften geschuldet.

Vor allem sind hier die Prognosen von John Maynard Keynes (1883-1946) und Jean Fourastié (1906-1990) aus den 1940er Jahren zu nennen.⁶ Ihre Analysen basieren auf dem Zusammenwirken von Produktivitätswachstum und *relativer* Sättigung von Konsum und konsuminduzierter Investition. Dass die dadurch bedingte Abschwächung der Nachfragedynamik durch Zunahme der Verteilungsungleichheiten verstärkt werden kann – was dann auch der Fall war -, wurde von Keynes explizit herausgestellt.

⁵ Dirk Solte: Weltfinanzsystem am Limit. Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Berlin 2007; Wolfgang Eichhorn/Dirk Solte: Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick-Analyse-Ausblick, Frankfurt/M 2009.

⁶ Zum Überblick vgl. Karl Georg Zinn: Die Keynesische Alternative, Hamburg 2008.

KEYNES und FOURASTIÉ kurz referieren!

Die Wachstumsabschwächung der Jahrzehnte seit 1980 erklärt sich also vorwiegend durch die endogene Nachfrageabschwächung. Exogene Faktoren, wie sie seit der Club-of-Rome-Studie „Grenzen des Wachstums“ von 1972 thematisiert wurden (u. a. Umweltprobleme, Ressourcenverknappung, Gefahr des „overshooting“) brachten bisher noch keine wesentlichen Wachstumshindernisse für die deutsche Wirtschaft. Künftig wird sich das jedoch ändern.

Zur Diagnose gehört auch ein Blick auf die **DEMOGRAFIE**. Mit Ausnahme von Island und Irland weisen die europäischen Länder sehr niedrige Geburtenziffern (= Kinder pro Frau) aus. Sie liegen deutlich unterhalb des für eine stabile Bevölkerung erforderlichen Wertes (2.1). Europa schrumpft demografisch. Dass Deutschland eine besonders geringe Geburtenfreudigkeit (vgl. Tabelle 2) aufweist, dürfte inzwischen zwar bekannt sein, aber nach wie vor werden die bedrohlichen Folgen dieser Entwicklung verdrängt, und es fehlen die dringend gebotenen politischen Reaktionen auf die missliche Situation.

Tabelle 2: Geburtenrate 2005-2010 (je 1000 Einwohner) und zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl je Frau) von ausgewählten Ländern

Land	Geburtenrate	Geburtenziffer
Deutschland	8.1	1.32
Belgien	11.3	1.77
Bulgarien	9.6	1.40
Dänemark	11.5	1.84
Estland	11.8	1.64
Finnland	11.1	1.83
Frankreich	12.2	1.89
Griechenland	9.7	1.38
Irland	15.6	1.96
Island	14.7	2.10
Italien	9.3	1.38
Lettland	10.1	1.40
Litauen	9.5	1.34
Luxemburg	11.4	1.66
Malta	9.0	1.26
Niederlande	11.3	1.74
Norwegen	12.3	1.89
Österreich	9.1	1.38
Polen	9.8	1.27
Portugal	9.9	1.38
Rumänien	10.0	1.32
Russische Föderation	10.8	1.37
Schweden	11.7	1,87
Schweiz	9.7	1.45
Slowakei	10.2	1.28
Slowenien	9.6	1.36

Spanien	11.0	1.43
Tschechische Republik	10.6	1.41
Ungarn	9.9	1.35
Vereinigtes Königreich	12.2	1.84
Zypern	11.5	1.52
USA	14.2	2.09
Japan	8.2	1.27
Korea (Süd)	9.5	1.22
Türkei	18.4	2.13
VR China*)	13.5	1.77

*) ohne Hong Kong und Macau

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2010, S. 686.

Das Bevölkerungswachstum steht in engem Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum. Es dürfte auch Laien sofort verständlich sein, dass eine wachsende Bevölkerung nicht nur die Konsumgüternachfrage antreibt, sondern auch die vorgelagerten Investitionen stimuliert und vor allem eine Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen erfordert. Umgekehrt sinkt mit der demografischen Schrumpfung der Investitionsbedarf, und auch die Konsumnachfrage verliert an Dynamik. Damit wird es auch riskanter Innovationen durchzuführen. Zudem bedeutet die sinkende Zahl junger Menschen, dass auch die besonders innovationsfreudigen und für Neuerungen jeglicher Art aufgeschlossenen Bevölkerungsanteile relativ und absolut abnehmen.

Mit der demografischen Schrumpfung kommt es zu Entwertungsprozessen von Teilen des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks. In den strukturschwächeren Regionen wandert die Erwerbsbevölkerung ab, die Immobilienpreise sinken und wegen der abnehmenden Infrastrukturauslastung steigen die Stückkosten, und/oder bestimmte (Dienst-)Leistungen werden eingeschränkt oder ganz eingestellt.⁷ Die zunehmende Spaltung einer Volkswirtschaft in schrumpfende, strukturschwache Räume einerseits und verbleibende Agglomerationsgebiete andererseits belastet insgesamt das Wirtschaftswachstum. Da der demografische Schrumpfungsprozess in der Bundesrepublik bereits schon 1972 einsetzte, spielte der demografische Faktor bereits in der Vergangenheit eine gewisse Rolle im Prozess der langfristigen Wachstumsabschwächung.⁸ Die noch weit unter der westdeutschen liegende ostdeutsche Geburtenziffer und die Ost-West-Binnenwanderung belasteten und belasten weiter den bisher nicht gelungenen wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Bundesländer.⁹

⁷ Dirk Heilmann/Reiner Reichel; Herausforderung Demografie. Plattenbauten vergammeln, Schulen fehlen die Kinder...., in: Handelsblatt, Nr. 98, 20./21. Mai 2011, S. 42 f.

⁸ Vgl. zu den demografischen Aspekten Herwig Birg: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 2. A., München 2002; Derselbe: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren, 2. A., München 2004; Franz Xaver Kaufmann: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M 2005.

⁹ Die Tatsache, dass es trotz der erheblichen *Transferzahlungen*, also keineswegs Kredite, an die neuen Bundesländer nicht gelang, die ostdeutsche Wirtschaft insgesamt dem westdeutschen Niveau

Wegen der niedrigen deutschen Geburtenziffer entwickelt sich auch der Altenquotient (= Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung) ungünstiger als in anderen europäischen Ländern. Im Jahr 2005 lag der deutsche Altenquotient bei 28.1, der von Irland bei 16.3. Bei globaler Betrachtung wird deutlich, dass die meisten altindustrialisierten Länder, insbesondere aber die europäischen, zu den alternden und schrumpfenden Gesellschaften gehören (vgl. Tabelle 3). Außerhalb Europas finden sich vorwiegend stark wachsende, sich noch verjüngende Gesellschaften. Es liegt auf der Hand, dass sich aus der Gegenläufigkeit von alternden und verjüngenden Gesellschaften zunehmend internationale Verteilungskonflikte und ein immenser Migrationsdruck ergeben werden.

Tabelle 3: Entwicklung der Altersstruktur auf den fünf Kontinenten (2005)

	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien/ Ozeanien	Welt	Deutschland
Bevölkerung 2005 in Mio.	731.0	922.0	890.2	3038.0	33.4	6514.7	82.652
davon in %							
unter 15jährige	15.9	41.4	26.4	28.0	24.9	28.3	14.4
65 und älter	15.9	3.4	8.5	6.4	10.3	7.3	18.8
Medianalter	38.9	10.0	29.8	27.6	32.3	28.0	42.1
Jugendquotient*)	23.3	75.0	40.5	42.7	38.4	44.0	21.5
Altenquotient**)	23.3	6.1	13.1	9.7	15.8	11.4	28.1
Bevölkerungsvor= aus Berechnung für 2030 in Mio.	706.9	1518.3	1118.2	4930.9	43.2	8317.7	79.348

*) Jugendquotient = Quotient aus Zahl der Jugendlichen unter 15 Jahren zur Zahl der Erwerbspersonen

***) Altenquotient = Quotient aus Zahl der 65jährigen und Älteren zur Zahl der Erwerbspersonen
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2008, S. 675 f.

Abschließend zu diesen diagnostischen Befunden noch ein Blick auf die im Zuge der aktuellen Finanzkrise auflaufende Staatsverschuldung und die Probleme der hoch verschuldeten EWU-Mitglieder, die sogenannten PIIGS¹⁰. Am Beispiel Griechenland lässt sich verdeutlichen, dass es unhaltbar ist, ein faktisch bankrotttes Land durch immer mehr Kredite über Wasser zu halten. Letztlich wird kein Weg an einer Umschuldung ohne oder besser mit Austritt des Landes aus der Währungsunion vorbei führen. Je länger damit gewartet wird, desto teurer wird die Sache – sowohl für die Geberländer als auch für die zu volkswirtschaftlich unsinniger Deflationspolitik gezwungenen Schuldnerstaaten. Im Zusammenhang mit der Verschuldung der quasi bankrotten Volkswirtschaften sei jedoch erwähnt, dass die leichtfertige Kreditvergabe an diese Länder während der vergangenen Jahre dort zu einer Scheinblüte führte, von der durch den wachstumsbedingten Importsog auch die bundesdeutschen Exporteure in erheblichem Maße begünstigt wurden.

anzugleichen, kann als (Negativ)Beispiel angeführt werden, um die Chancenlosigkeit Griechenlands (und wohl auch anderer EU-Länder) plausibel erscheinen zu lassen, aus dem Verschuldungssumpf heraus zu kommen, solange diese Länder im EURO-Währungsraum bleiben.

¹⁰ Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien.

II. Prognose

Wie angekündigt, handelt es sich um eine Status-quo-Prognose. Es wird also davon ausgegangen, dass sich die Wirtschaftsentwicklung entsprechend den heute bestehenden Tendenzen fortsetzt. Dabei ist allerdings bereits zu berücksichtigen, dass die angestrebte energiepolitische Neuorientierung tatsächlich stattfinden wird.

Stichwortartig sind folgende Aspekte hervorzuheben

- Auslaufen des gegenwärtigen Regenerationsaufschwungs; nach dem Einbruch von 2008/2009 um 4.7 % des deutschen Bruttoinlandprodukts (BIP) profitierte die deutsche (Export-)Wirtschaft in starkem Maße von den ausländischen Konjunkturprogrammen (insbesondere der USA und der VR China), was jedoch bisher keinen „selbsttragenden“ europäischen Aufschwung bewirkte. In gewissem Sinn handelt es sich also um einen vom Ausland „geborgten“ Aufschwung, nämlich auf der Grundlage der für die Finanzierung der ausländischen Konjunkturprogramme erforderlichen (staatlichen) Kreditaufnahmen. Wie erwähnt, waren die bundesdeutschen Exporteure auch an der kreditfinanzierten Scheinprosperität der jetzt notleidend gewordenen EWU-Länder beteiligt, so dass auch die Kontraktion jener Volkswirtschaften nunmehr negativ auf den bundesdeutschen Export zurück wirken wird.
- Mit der Rückkehr auf den Vorkrisentrend bleibt das Beschäftigungsproblem bestehen; das Arbeitsvolumen wird erneut abnehmen, und zugleich dürfte der Anteil der Teilzeitarbeit weiter steigen.
- Zuspitzung der Euro-Krise wegen der stark verschuldeten Länder (PIIGS) und daraus resultierende Belastungen der Nettozahler u. a. Deutschland. Die den notleidenden Ländern (Gr, IRL, P) aufgezwungenen Kontraktionsprogramme verschlechtern sowohl deren Rückzahlungsfähigkeit (infolge der Wachstumseinbußen der Länder) als auch die Absatzmöglichkeiten der anderen EU-Länder, insbesondere wiederum Deutschlands.
- Die deutsche Exportstärke wird (und sollte) sich fortsetzen, aber mit Auslaufen der Konjunkturprogramme (USA, China) und infolge der Schwäche der europäischen Südländer wird das Export*wachstum* nicht anhalten. Es bleibt zwar (vorerst) bei deutschen Leistungsbilanzüberschüssen, aber dies bedeutet – wie schon bisher – eine Belastung der Exportmöglichkeiten anderer Länder. Deutschland exportiert nicht zu viel, sondern importiert zu wenig, weil die deutsche Binnenmarktnachfrage weit unter den wirtschaftlichen Möglichkeiten gehalten wurde (vgl. die vorstehenden Ausführungen zu Ungleichverteilung).

- Die hohen Exportüberschüsse Deutschlands erklären sich zu einem gewissen Teil ebenfalls aus der Ungleichverteilung, genauer: aus dem Zurückbleiben der Lohneinkommen hinter dem Produktivitätswachstum. In der breiten Öffentlichkeit gilt die Exportstärke als eine Art Garantie für wirtschaftliche Stärke. Doch ständige Exportüberschüsse bedeuten, dass ein Land quasi unter seinen Verhältnissen lebt. Es wird ständig mehr Leistung erbracht, als für Konsum, Investition und Staatsverbrauch verwendet wird. Dem Exportüberschuss entspricht ein gleich hoher Nettokapitalexport, also Abfluss von Sparkapital ins Ausland. Es wurde in der Vergangenheit zu erheblichem Teil für Spekulationsaktivitäten verwendet, für dubiose Kredite und die Finanzierung unrentabler Geschäfte und keineswegs nur für sinnvolle Direktinvestitionen. Bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner(länder), wie derzeit der Fall, geht das exportierte Finanzkapital verloren. Offenkundig handelt es sich um eine sowohl ökonomisch als auch wirtschaftsethisch verwerfliche Praxis, und dafür trägt die Wirtschaftspolitik die Hauptverantwortung.
- Es wird sowohl zu Steuererhöhungen als auch zu weiteren Einschränkungen bei den öffentlichen und den Sozialleistungen kommen (müssen).
- Besonders zukunftsbelastend wirken die Unzulänglichkeiten im Bildungswesen und bei der Ausbildung (Fachkräftemangel resultiert wesentlich aus den Ausbildungsdefiziten in der Vergangenheit).
- Die Energiewende führt zwar zu einer massiven Investitionssteigerung für regenerative Energien, aber die Kosten belasten die Verbraucher, so dass die Konsumgüternachfrage relativ schwach bleibt; dies gilt umso mehr, als nicht zu erwarten ist, dass sich die künftige Lohnentwicklung von der vergangenen wesentlich unterscheidet, d. h. es bleibt bei der Lohnzurückhaltung und damit auch bei der schwachen Binnenmarktnachfrage.
- Anstieg der Kosten strategischer Rohstoffe, was zum Inflationsimport führt und inländische Kaufkraft absorbiert.

I. Therapie

Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt und ist die größte sowie stärkste Volkswirtschaft der Europäischen Union. Doch der Reichtum des Landes ist falsch verteilt. Die Verteilungsdiskrepanzen betreffen sowohl die Vermögens- und Einkommensverteilung des privatwirtschaftlichen Bereichs als auch die Verteilung zwischen Privatsektor und öffentlichen Haushalten. Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben stellt – um ein Diktum des alten J. K. Galbraith

zu zitieren – der „private Reichtum bei öffentlicher Armut“ das gravierendere Verteilungsproblem dar.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung konstatiert Franz Xaver Kaufmann m. E. mit vollem Recht eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit“. Damit meint er sowohl die materielle Benachteiligung von Familien mit Kindern als auch generell die völlig unzureichenden bildungs- und ausbildungspolitischen Anstrengungen des reichen Deutschlands. Demografische Aspekte kamen bisher fast ausschließlich im Zusammenhang mit der *künftigen* Alterssicherung ins Blickfeld, aber die Tatsache, dass Deutschland – um den wissenschaftlichen Demografen Herwig Birg zu zitieren – ein erhebliches Defizit der „Investitionen in den Nachwuchs“ aufweist, wurde verdrängt. Birg zeichnet eine äußerst dramatische Perspektive: „Durch das Treibenlassen seiner demographischen Probleme gefährdet sich Deutschland im 21. Jahrhundert auf ähnlich existenzbedrohende Weise wie durch die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert.“¹¹

Hier würde es zu weit führen, detailliert auf die bildungs- und ausbildungspolitischen Handlungserfordernisse und –möglichkeiten einzugehen, aber es sollte wenigstens klar zum Ausdruck gebracht werden, dass das größte Zukunftsrisiko für die deutsche Volkswirtschaft und Gesellschaft in der Zuspitzung der seit langem bekannten, aber von Politik und Öffentlichkeit bagatellisierten oder gar ignorierten demografischen Nachwuchs-Problematik liegt. Dahinter treten die Folgen der Großen Krise (u. a. die Staatsverschuldung), die für die energiepolitische Wende erforderlichen Anstrengungen und die bisher nicht erreichte wirtschaftliche Parität zwischen den alten und den neuen Bundesländern mehr oder weniger zurück. Auf längere Sicht werden sich ohne verstärkte „Investitionen in den Nachwuchs“ die anderen Probleme immer schwerer bewältigen lassen!

Um das Beschäftigungsproblem zu entschärfen, bieten sich folgende, zu kombinierende Maßnahmenbündel an, wobei das Schwergewicht auf der Stärkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage liegen muss. Es geht nicht darum, die Exporte zu reduzieren, sondern das außenwirtschaftliche Gleichgewicht durch höhere Importe herzustellen. Erst dann wird Deutschland tatsächlich zu einer „Lokomotive“ der EU-Wirtschaft. Bisher verdankt sich ein zu großer Teil der Exporte dem deutschen Lohndumping (Von den Niedriglöhnern, deren Zahl insgesamt 6.5 Mio. beträgt, was 20 % aller Beschäftigten entspricht, erhalten 2 Mio. weniger als € 6 pro Stunde und davon etwa die Hälfte unter € 5; 2/3 der

¹¹ Birg, 2004, S. 114.

Niedriglöhner haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, 7 % sind Akademiker¹²).

Erforderlich sind also:

- Stärkung der Binnenmarktnachfrage durch eine verteilungspolitische Wende i. S. einer gleichmäßigeren Einkommens- und Kaufkraftverteilung
- Einführung eines allgemeinen Mindestlohns (ca. 7.50 €), Revision der Prekarisierungspolitik (geringfügige Beschäftigung), Einschränkung der Leiharbeit, Reduktion der Umwandlung von Dauerarbeitsplätzen in Zeitarbeit bzw. Umkehr dieses Trends
- Ausweitung der qualifizierten Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit und Pflege, Soziales, Kultur und Freizeit) im Sinn einer *guten* Dienstleistungsgesellschaft (= Fourastiés „tertiäre Zivilisation“)
- Die Finanzierung einer Dienstleistungsexpansion erfordert höhere staatliche Ausgaben, was nicht ohne eine Zunahme der Staatsquote und der Steuerquote möglich ist (vgl. skandinavische Länder)
- Da der Trend zur Teilzeitarbeit (= Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich) anhalten wird, lässt sich aus dem Übel eine Tugend machen: Eine Neuorientierung könnte zu einer allmählichen Steigerung der Teilzeiteinkommen und einer flexibel gehaltenen Arbeitszeitverkürzung bei Vollzeitbeschäftigten führen.
- Die steigende Lebenserwartung wird zwar – wie bekannt: Stichwort Rente 67 – eine gewisse Verschiebung des Renteneintrittsalters nahe legen, aber dies wird gesamtwirtschaftlich nur sinnvoll sein, wenn andere Arbeitszeitregimes eingeführt werden. Geboten ist die Rücksichtnahme auf die Arbeitsfähigkeit älterer Erwerbsspersonen und auf die physische und psychische „Versleißproblematik“. Zudem ist es unsinnig, das Renteneintrittsalter anzuheben, solange nicht genügend Arbeitsplätze für Ältere verfügbar sind. Dass die steigende Lebenserwartung den Bedarf an Pflegediensten weiter ansteigen lässt, ist bekannt. Deshalb wird – wie erwähnt – eine (generelle) Expansion der Dienstleistungen notwendig, was auch unter beschäftigungspolitischem Gesichtspunkt positiv zu sehen ist.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Zukunftsperspektiven der deutschen Sozialökonomie unter Status-quo-Bedingungen keineswegs so optimistisch zu sehen sind, wie die gegenwärtige Aufschwungseuphorie zu vermitteln versucht. Jedoch verfügt Deutschland über das Potential, seine Probleme zu lösen. Ob die dazu erforderlichen grundlegenden Reformen zustande kommen, ist jedoch skeptisch zu beurteilen.

Die Folgeprobleme der Großen Finanzkrise – Euro-Krise, Staatsverschuldung, verschärfter Sozialabbau – sind längst noch nicht bewältigt. Deutschland leidet zudem unter seiner demografischen Schrumpfung und erwies sich bisher unfähig,

¹² Vgl. Werner Balsen: Deutschland am Pranger. Europäische Gewerkschaften rufen zum Kampf gegen Niedriglohnstrategie auf, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 67, Nr. 113, 16. Mai 2011, S. 16f.

eine tragfähige Antwort auf sein gravierendes Nachwuchsproblem zu finden. Die von der neoliberalistischen Markt-Ideologie bewirkten Fehlentwicklungen wurden bisher nicht korrigiert.¹³ Vielmehr zeigen sich die an einer Fortsetzung dieses Kurses interessierten Kreise nach wie vor recht einflussreich.

Die vorstehend skizzierten Reformmöglichkeiten, die auf eine veränderte Verteilungsstruktur und eine beschäftigungspolitisch ausgerichtete Arbeitszeitpolitik hinauslaufen, werden politisch nur durchsetzbar sein, wenn sich eine mentale Rückbesinnung auf Solidarität, Rücksichtnahme auf gesamtgesellschaftliche Prioritäten und ein von Vernunft und Fairness bestimmtes Zukunftsbewusstsein einstellt. Doch wie eine solche neue Achtsamkeit entstehen soll, ist unklar. Von mehr sozialer Gerechtigkeit zu reden ist, einfach, aber die institutionellen Veränderungen dafür herzustellen, ist eine ganz andere Sache. Die Krisenanfälligkeit der deutschen und der europäischen Volkswirtschaft insgesamt wird durch die bisher praktizierte Politik nicht überwunden werden. Es ist daher keineswegs auszuschließen, dass sich in den nächsten Jahrzehnten das Risiko katastrophaler Ereignisse noch erhöht.

Literatur

Balsen, Werner: Deutschland am Pranger. Europäische Gewerkschaften rufen zum Kampf gegen Niedriglohnstrategie auf, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 67, Nr. 113, 16. Mai 2011, S. 16f.

Birg, Herwig: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 2. A., München 2002.

Birg, Herwig: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren, 2. A., München 2004.

Eichhorn, Wolfgang/ Solte, Dirk: Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick-Analyse-Ausblick, Frankfurt/M 2009.

Frey Bruno S./Frey-Marti, Claudia (Hrsg.): Glück: Die Sicht der Ökonomie, Zürich-Chur 2010.

Goebel, Jan /Gornig, Martin/ Häußermann, Hartmut: Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert, in: DIW Wochenbericht, Jg. 77, Nr. 24/2010, 16. Juni 2010, S. 2-9.

Heilmann, Dirk/Reichel, Reiner: Herausforderung Demografie. Plattenbauten vergammeln, Schulen fehlen die Kinder...., in: Handelsblatt, Nr. 98, 20./21. Mai 2011, S. 42 f.

Kaufmann, Franz Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M 2005.

Lietzmann, Torsten/Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia: Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände, in: IAB-Kurzbericht, 6/2011, S. 1-11.

Riecke, Torsten: In der Geiselhaft der Banken. Nie wieder. Das war das Versprechen der Politik... ,in: Handelsblatt, Nr. 88, 7. Mai 2011, S. 6f.

Roth, Eva: Trotz Boom sinken die Reallöhne. FR lässt Experten die jüngsten Tarifabschlüsse durchrechnen – das Ergebnis ernüchtert, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 67, Nr. 109, 11. Mai 2011, S. 13.

Schäfer, Claus: Zukunftsgefährdung statt Krisenlehren – WSI-Verteilungsbericht 2010, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 63, Dezember 2010, S.636-645.

Solte, Dirk: Weltfinanzsystem am Limit. Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Berlin 2007.

Szent-Ivanyi, Timot: Reiche werden reicher. Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge in Deutschland höchst ungleich verteilt, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 67, Nr. 110, 12. Mai 2011, S. 16.

Wanger, Susanne: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, in: IAB-Kurzbericht 9/2011, S.1-8.

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009.

Zinn, Karl Georg: Die Keynesische Alternative, Hamburg 2008.

¹³ Vgl. beispielsweise Torsten Riecke: In der Geiselhaft der Banken. Nie wieder. Das war das Versprechen der Politik... ,in: Handelsblatt, Nr. 88, 7. Mai 2011, S. 6f.

Zinn, Karl Georg: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim u.a. 1992.

Zinn, Karl Georg: Überdauert die Soziale Marktwirtschaft? Aufstieg und Niedergang des bundesdeutschen Erfolgsmodells, in: Aßländer, Michael S./Ulrich, Peter (Hrsg.): 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel, Bern u. a. 2009 (= St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 44).

Zinn, Karl Georg: Wie Reichtum Armut schafft, 4. A., Köln 2006.